

# **Stadt Chemnitz**

## **Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 19.02.2009 mit Beschluss-Nr. B-60/2009 die folgende Richtlinie zum Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit der Stadt Chemnitz beschlossen.

### **I Zuwendungszweck und Rechtsgrundlage**

1. Die Stadt Chemnitz gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen für Projekte und Maßnahmen, die die demokratische Kultur in Chemnitz fördern und die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung stärken.
2. Zweck ist weiterhin auch eine Verstärkung solcher Einzelmaßnahmen durch örtliche und regionale Vernetzung und die wissenschaftliche und beratende Begleitung solcher Maßnahmen.
3. Die Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe dieser Richtlinie, den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen – insbesondere §§ 23 und 44 der Haushaltsordnung des Freistaates Sachsen (Sächsische Haushaltsordnung – SäHO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S.153), die durch Artikel 10 des Gesetzes vom 13. Dezember 2002 (SächsGVBl. S. 333, 352) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung sowie den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
4. Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Insbesondere eröffnet eine Förderung von Maßnahmen nach dieser Richtlinie keinen Rechtsanspruch auf eine Förderung von Folgemaßnahmen.

### **II Fördergegenstand**

Gefördert werden Maßnahmen und Projekte, die einen oder mehrere der folgenden Inhalte erfüllen:

1. helfen Rechtsextremismus, insbesondere Rassismus und Antisemitismus, in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken bzw. abzubauen,
2. der Stärkung demokratischer Werte, der Förderung demokratischer Handlungskompetenzen sowie der Motivation bürgerschaftlichen Engagements dienen,
3. Toleranz unterschiedlicher religiöser, kultureller, ethnischer Zugehörigkeiten oder sexueller Orientierungen fördern und stärken,
4. interkulturellen und interreligiösen Austausch ermöglichen und begünstigen,
5. Beratung und Unterstützung für Opfer von Gewalt bieten,
6. Multiplikatoren und Fachkräfte ausbilden, fortbilden und deren Arbeit inhaltlich und methodisch betreuen,

7. einen Beitrag zu einem lokal oder regional vernetzten Gemeinwesen unter der Beteiligung maßgeblicher staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen sowie relevanter Akteure leisten,
8. eine nachhaltige Entwicklung innovativer Handlungskonzepte durch beratende und wissenschaftliche Begleitung von Maßnahmen initiieren

Nicht gefördert werden Maßnahmen und Projekte:

1. ohne klares Konzept, konkrete Handlungsziele und eine Beschreibung adäquater Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele,
2. die sich an eine unspezifische Zielgruppe richten,
3. Aktivitäten und Veranstaltungen, die keine nachhaltige Auseinandersetzung mit den Förderzielen einbinden.

Die Projekte sollen Modellcharakter aufweisen und die Kriterien des Gender Mainstreaming beachten.

### **III Zuwendungsempfänger**

1. eingetragene Vereine und Verbände
2. staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften
3. nichtstaatliche gemeinnützige Organisationen
4. natürliche Personen, welche das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben
5. politische Jugendorganisationen
6. staatliche Institutionen, die auf dem zu fördernden oder ähnlichen Gebieten tätig sind

### **IV Zuwendungsvoraussetzungen**

1. Es können nur Einzelprojekte bewilligt werden, die im Raum Chemnitz durchgeführt werden und an denen mehrheitlich Einwohnerinnen und Einwohner von Chemnitz teilnehmen. Der Durchführungsort kann auch außerhalb des Fördergebietes liegen, wenn die Zielgruppe ihren Lebensmittelpunkt im Raum Chemnitz hat.
2. Die Zuwendungsempfänger haben Ihren Sitz oder eine dauerhafte Niederlassung in Chemnitz und sind auf dem zu fördernden oder ähnlichen Gebieten tätig. Sie verfügen nachweisbar über entsprechende fachliche Erfahrungen, Kompetenzen und Ausbildungen.
3. Die Zuwendungsempfänger müssen sicherstellen, dass die vereinbarten Leistungen im entsprechenden zeitlichen Rahmen und in der erforderlichen Qualität erbracht werden. Sie gewährleisten ebenso, dass das in dem geförderten Projekt zum Einsatz kommende hauptberufliche, freiwillig ehrenamtliche und sonstig tätige Personal die Anforderungen der persönlichen Eignung erfüllt. Der Erhalt von Zuwendungen verpflichtet weiterhin zur Mitwirkung an der Selbstevaluation der eigenen Einzelprojekte. Ziele, Praxis und Wirkung sind zu prüfen. Die Projektträger sind darüber hinaus zur Teilnahme von Erhebungen der wissenschaftlichen Begleitung verpflichtet. Erfahrungen und Ergebnisse aus geförderten Maßnahmen können im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung ausgewertet und veröffentlicht werden.

4. Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens muss gesichert sein.
5. Zuwendungen können nur für Vorhaben bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind.

## **V Zielgruppen**

1. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Chemnitz
2. Kinder und Jugendliche
3. Migrantinnen und Migranten
4. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

## **VI Art und Umfang der Zuwendung**

1. Zuwendungen für Projekte werden als Anteilfinanzierung bewilligt. Der Zuwendungsempfänger übernimmt einen Eigenanteil von 10 %. Es können Anträge auf Verminderung des Eigenanteils beim Begleitausschuss eingereicht werden, welche von diesem beurteilt, anerkannt oder abgelehnt werden.
2. Nur die zur Erbringung der Maßnahmen notwendigen Ausgaben können bei der Bemessung der Höhe der Zuwendung berücksichtigt werden. Es gilt der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.
3. Die Höhe der Fördersumme für die Einzelprojekte wird auf 3.000 Euro begrenzt. Im begründeten Einzelfall kann der Begleitausschuss Ausnahmen zulassen.
4. Die Zuwendung wird als zweckgebundener, nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.
5. Der Finanzierungsplan bzw. die diesem beigefügte Kostengliederung sind verbindlich. Jedoch können einzelne Ausgabeansätze um 20 vom Hundert überschritten werden, wenn diese durch Einsparungen in anderen Ausgabeansätzen ausgeglichen werden. Im Übrigen sind Überschreitungen zulässig soweit der Zuwendungsempfänger sie voll aus eigenen Mitteln trägt.
6. Die Zuwendung ermäßigt sich, falls sich die veranschlagten Ausgaben ermäßigen und/oder neue Deckungsmittel hinzutreten.

Zuwendungsfähig sind:

1. anteilige Personalkosten
2. Sachkosten
3. Honorare für Referenten, Dolmetscher etc.
4. Post- und Fernmeldegebühren
5. Geschäftsbedarf
6. Anschaffungen von Wirtschaftsgütern bis maximal 500 Euro
7. Mietkosten
8. Bewirtschaftungskosten
9. Reisekosten nach Bundesreisekostengesetz
10. Kosten für Unterkunft und Verpflegung
11. Eintrittsgelder
12. Preise bis maximal 200 Euro

Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Im Einzelfall entscheidet der Begleitausschuss über die Förderfähigkeit.

Nicht zuwendungsfähig sind:

1. Personal- und Sachausgaben des Zuwendungsempfängers, welche nicht im Zusammenhang mit dem zu fördernden Projekt stehen.
2. Ausgaben der Geldbeschaffung und Zinsen, die bei einer Kreditaufnahme zur Beschaffung eines Eigenanteils oder bei Vor- und Zwischenfinanzierungen entstehen.
3. Umsatzsteuern, die als Vorsteuer abgezogen werden können.

## VII Verfahren

1. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung ist formgebunden in einfacher Ausfertigung spätestens drei Wochen vor der nächsten Sitzung des Begleitausschusses bei der Koordinierungsstelle einzureichen. Die Sitzungstermine und somit Antragstermine sind den Veröffentlichungen im Amtsblatt sowie der Internetseite [www.chemnitz.de](http://www.chemnitz.de) zu entnehmen. Die Koordinierungsstelle prüft den Antrag auf Vollständigkeit und Schlüssigkeit sowie in Bezug auf die Verfügbarkeit der Haushaltsmittel. Ferner prüft sie die Förderfähigkeit anhand der in der Richtlinie genannten Förderziele und der ergänzenden Projektkriterien.

Nachdem der Antrag formell und fachlich geprüft wurde, wird er durch die Koordinierungsstelle zur Stellungnahme an die zuständigen Fachämter der Stadtverwaltung weiter gegeben. Nach Eingang der Stellungnahme geht der Antrag an den Begleitausschuss, der seine Entscheidung zum Projekt und zur Förderhöhe trifft.

Die Koordinierungsstelle leitet die Beiratsempfehlung an die Abrechnungsstelle in der Stadtverwaltung weiter. Der Antragsteller erhält einen Bescheid.

Die Auszahlung der bewilligten Mittel und die Verwendungsnachweisprüfung erfolgt durch die Abrechnungsstelle der Stadtverwaltung Chemnitz.

### Bestandteile des Förderantrages

1. Antragsraster in digitaler Form als PDF-Datei oder Word-Dokument
2. Antragsraster einmal ausgedruckt mit rechtsverbindlicher Unterschrift
3. Projektkonzeption hinsichtlich der Ziele, Zielgruppen, konkretem Zeit- und Maßnahmenplan

## **VIII Mitwirkungspflichten des Zuwendungsempfängers**

Der Zuwendungsempfänger hat dem bewilligenden Amt/der bewilligenden selbständigen Einrichtung der Stadt unverzüglich anzuzeigen, wenn

- die Ausgabenansätze überschritten werden,
- eine Ermäßigung der Gesamtausgaben bzw. eine Erhöhung der eigenen Einnahmen um mehr als 10 v. H.,
- weitere Zuwendungen von anderer Stelle bewilligt wurden,
- abgerufene Beträge nicht im laufenden Haushaltsjahr verwendet werden können,
- sich die für die Bewilligung der Zuwendung zu Grunde liegenden Umstände ändern oder wegfallen,
- sich die Rahmenbedingungen des Zuwendungsempfängers maßgeblich ändern (z. B. Gesetzes- oder Rechtsformänderung),
- die Zweckbindung nicht eingehalten wird.

## **IX Nachweis der Verwendung**

1. Der Nachweis der zweckgerechten Verwendung der bewilligten Mittel ist einen Monat nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes in der Abrechnungsstelle der Stadtverwaltung Chemnitz zu erbringen.
2. Die Einnahmen und Ausgaben sind in zeitlicher Reihenfolge und getrennt voneinander entsprechend der Gliederung im Finanzierungsplan auszuweisen.
3. Einzureichen sind ein Sachbericht und ein zahlenmäßiger Nachweis ohne Vorlage von Belegen in Papierform und Zusendung als elektronische Version (Word/PDF) per E-Mail an [kriminalpraevention@stadt-chemnitz.de](mailto:kriminalpraevention@stadt-chemnitz.de). Die Belege sowie alle mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen sind beim Projektträger 6 Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren und bei Bedarf vorzulegen.

## **X Widerruf von Bewilligungsbescheiden**

1. Werden Zuwendungen für einen anderen als im Bewilligungsbescheid bestimmten Zweck verwendet oder werden mit dem Zuschuss verbundene Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, so kann der Bewilligungsbescheid ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft und die Vergangenheit widerrufen werden. Die Bewilligung kann teilweise widerrufen werden, wenn sich die Gesamtausgaben für den Zuschusszweck verringern oder wenn beim Zuschussempfänger für den Zuschusszweck höhere Eigenmittel oder höhere Mittel von dritter Seite zur Verfügung stehen.
2. Die Bewilligung wird unverzüglich widerrufen, wenn der Zuschussempfänger sie zu Unrecht, insbesondere durch unzutreffende Angaben, erlangt hat. Die Bewilligung kann außerdem widerrufen werden, wenn der Verwendungsnachweis nicht ordnungsgemäß oder nicht in einer gesetzten Frist vorgelegt wird. Soweit der Zuwendungsempfänger seinen Mitteilungspflichten nicht rechtzeitig nachkommt, kann die Bewilligung ebenfalls widerrufen

werden.

Wird im laufenden Haushaltsjahr eine Haushaltssperre gemäß § 29 KomHVO ausgesprochen, so kann eine bereits erteilte Bewilligung für die Zukunft teilweise widerrufen werden.

3. Soweit ein Bescheid widerrufen wird, ist der Zuschuss unverzüglich zurückzuzahlen.
4. Der Rückzahlungsanspruch wird mit Zugang des Widerrufbescheides beim Zuschussempfänger fällig und ist ab dem Tage der Auszahlung nach Maßgabe des § 49 a VwVfG in der jeweiligen geltenden Fassung (derzeit 5 % über dem Basiszinssatz) zu verzinsen.

## **XI Nebenbestimmungen**

1. Der Begleitausschuss besteht aus insgesamt 12 Mitgliedern. Er soll sich aus Vertretern der Folgenden Aufgabenträger zusammensetzen:
  - Ausländerbeauftragte/r
  - Amt für Jugend und Familie
  - Sozialamt
  - Kulturbüro der Stadt Chemnitz
  - Sportamt
  - Ordnungsamt
  - Sächsische Bildungsagentur
  - Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge
  - Deutscher Gewerkschaftsbund
  - Kirche
  - Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e.V.
  - Bürgerverein FUER CHEMNITZ e. V.
2. Der Begleitausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.
3. Der Begleitausschuss, diesen vertretende oder durch diesen beauftragte Dienststellen sind berechtigt, die bestimmungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung und Verwendung der zweckgebundenen Zuwendung zu prüfen, die Bücher, Belege und sonstigen Geschäftsunterlagen einzusehen und sich über dessen Wirtschaftlichkeit zu unterrichten.
4. Ansprüche aus der Zuwendungsbewilligung dürfen nicht abgetreten oder verpfändet werden.
5. Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet Änderungen von Finanzierungsgrundlagen sowie Abweichungen vom Kosten- und Finanzierungsplan, die über den genannten Rahmen hinausgehen, der Bewilligungsstelle unverzüglich mitzuteilen oder ggf. zu beantragen.

## **XII Hinweise**

Unter der Internetadresse [www.chemnitz.de](http://www.chemnitz.de) befinden sich der aktuelle Sachstand zum Lokalen Aktionsplan und wichtige Informationen zur Antragstellung.

1. Die Nichtbeachtung der genannten Auflagen und Bestimmungen kann dazu führen, dass die gewährte Zuwendung ganz oder teilweise widerrufen werden kann und im Regelfall, mit Zinsen, zurückzuzahlen sind.
2. Der Zuwendungsbescheid ersetzt keine erforderlichen behördlichen Genehmigungen.

## **XIII Inkrafttreten**

Diese Richtlinie zur Förderung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit der Stadt Chemnitz tritt mit ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Chemnitz, den

Barbara Ludwig  
Oberbürgermeisterin

Dienstsiegel